



## Zur Sache

V-2025

### Einleitung:

*Neben den unzähligen Erklärungen und Forderungen von Solidaritätsgruppen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, UN-Experten und UN-Unterorganisationen an die politischen Verantwortlichen der Welt, dem Morden und Leiden nicht tatenlos zuzusehen, neben den internationalen Gerichtsverfahren gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) und dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) ist in den letzten Wochen auch auf dem internationalen Parkett einiges in Bewegung gekommen. Immer mehr Staaten fordern Sanktionen gegen Israel, haben Palästina als Staat anerkannt oder eine Anerkennung angekündigt.*

*Im Folgenden wollen wir eine Übersicht über die Initiativen geben und eine erste kritische Bilanz vornehmen. Was auffällt: Deutschland fehlt fast durchgängig, erweist sich innerhalb der europäischen Partner als Bremsklotz und isoliert sich mit seiner grenzenlosen Rückendeckung Netanjahus auch im westlichen Lager zunehmend.*

*Ivesa Lübben, Vizepräsidentin der DPG e.V.*

### **Die Hintergründe der wachsenden Anerkennung Palästinas und die zunehmende Isolation Deutschlands**

Am 24. Juli kündigte der französische Präsident Macron an, dass Frankreich während der nächsten UN-Vollversammlung den Staat Palästina anerkennen werde. Die Bundesregierung zeigte sich überrascht. Sie beharrt nach wie vor auf ihrer Position: Die Anerkennung eines palästinensischen Staates durch Deutschland könne erst am Ende eines beidseitig verhandelten Friedensprozesses stehen, so Regierungssprecher Kornelius. Armin Laschet, CDU-Politiker und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, fügte hinzu: Dies sei kein guter Tag für die europäische Außenpolitik. Macron hätte mit seinem Vorstoß ein gemeinsames Vorgehen der Europäer verhindert.

Die Ankündigung des französischen Präsidenten erfolgte einen Tag, bevor Macron, der britische Premier Starmer und Bundeskanzler Merz Israel aufriefen, mehr Hilfsgüter in den Gazastreifen zu lassen. Bundeskanzler Merz hatte gehofft, durch diese gemeinsame Initiative ein Auseinanderdriften der Positionen der G-7-Staaten zu verhindern.

## **Deutschland blockiert EU-Sanktionen**

Dabei ist es Deutschland, das, unterstützt von den Rechtsregierungen in Italien und Ungarn und gegen die Mehrheit der EU-Mitglieder, bislang alle Sanktionsmaßnahmen der EU gegen Israel blockiert hat. Das gilt für die Forderung nach einem Waffenstillstand, die noch unter Kanzler Scholz wiederholt durch die damalige Außenministerin Baerbock abgewiegelt wurde, wie die Bremshaltung von Bundeskanzler Friedrich Merz und Außenminister Wadepuhl.

Nachdem ein internes Gutachten der EU im Juni dieses Jahres zu dem Schluss gekommen war, dass Israel mit seinem Vorgehen in Gaza gegen den Artikel 2 des Assoziierungsabkommen mit der EU verstoße – der Artikel 2 verpflichtet die Vertragsparteien des Abkommens zur Achtung von Menschenrechten und demokratischen Prinzipien –, forderten mehrere EU-Mitgliedsländer die Aussetzung des Abkommens. Aber selbst niederschwellige Sanktionen, wie ein Waffenembargo, Aufhebung der Visafreiheit für Israelis, Verbot der Importe aus den israelischen Siedlungen, Einreiseverbote für extremistische israelische Politiker, die die Außenbeauftragte der EU, Kaja Kallas, auf dem letzten Treffen der EU-Außenminister ins Spiel brachte, scheiterten am Veto der von Deutschland angeführten Koalition der Totalverweigerer.

Man wolle nicht die Gesprächskanäle zur israelischen Regierung gefährden, rechtfertigte man sich in Berlin. Selbst die von der EU-Kommission ins Spiel gebrachte partielle Aussetzung der Teilnahme Israels am Innovationsfonds „Horizon Europe“, für die nur eine qualifizierte Mehrheit nötig ist<sup>1</sup>, scheiterte bislang am deutsch-italienischen Widerstand – auch wenn in beiden Ländern die Mehrheit der Bevölkerung Sanktionen wie Waffenimporte unterstützt.

## **31 westliche Staaten fordern einen Waffenstillstand – Deutschland ist nicht dabei**

Deutschland isoliert sich in der Nahostfrage zunehmend selbst – nicht nur gegenüber dem globalen Süden, sondern auch im eher als „pro-israelisch“ geltenden Lager. Daran ändert auch die Ankündigung eines partiellen Waffenembargos durch Bundeskanzler Merz wenig.

Am 21. Juli forderten 31 westliche Staaten, darunter selbst die EU-Mitglieder Italien und Österreich, sowie Australien, Großbritannien, Kanada, Japan und Neuseeland einen sofortigen, bedingungslosen und dauerhaften Waffenstillstand in Gaza. Israel müsse den Vereinten Nationalen und humanitären Nichtregierungsorganisationen umgehend den Zugang zu Gaza ermöglichen und die Beschränkung von Hilfslieferungen beenden. Die von Israel geplanten Zwangsumsiedlungen seien ein Verstoß gegen das humanitäre

---

<sup>1</sup> Qualifizierte Mehrheit bedeutet, dass 55% der Mitglieder (15 Mitgliedsstaaten), die 65% der europäischen Bevölkerung repräsentieren, einem Antrag zustimmen müssen.

Völkerrecht, heißt es in dem Aufruf. Die Siedlergewalt in der Westbank und Ostjerusalem sei nicht hinnehmbar. Auch zu diesen Minimalforderungen mochte sich die Bundesregierung unter Bundeskanzler Merz nicht durchringen.

*Siehe den Wortlaut der Erklärung unter:*

<https://www.gov.uk/government/news/joint-statement-on-the-occupied-palestinian-territories>

*Eine deutsche Übersetzung findet sich unter:*

<https://bremerfriedensforum.de/2025/07/25/was-Bundeskanzler-Merz-lieber-nicht-unterschreiben-moechte/>

Selbst nach der Ankündigung von Bundeskanzler Merz fehlte Deutschlands Unterschrift unter einer von 26 westlichen Staaten, der EU-Außenbeauftragten Kallas und der Vizepräsidentin der EU-Kommission Teresa Ribera unterzeichneten Erklärung vom 12. August, in der eindringliche Maßnahmen gefordert werden, die einen sofortigen, ungehinderten, dauerhaften und umfassenden Zugang von Hilfslieferungen durch die UN, internationaler NGOs und von humanitären Organisationen ermöglichen. In der Erklärung wird die Politisierung humanitärer Hilfe und der Einsatz von tödlichen Waffen an den Lebensmittelausgabestellen scharf verurteilt: „Zivilisten, Menschenrechtsaktivisten und medizinisches Personal müssen geschützt werden.“

Deutschland hatte 3 Tage zuvor zusammen mit zehn weiteren Ländern – darunter einige Unterzeichner der Erklärung von 12. August – eine eigene abgeschwächte Erklärung initiiert. Darin wird die israelische Regierung aufgefordert, Lösungen für die humanitäre Katastrophe in Gaza zu entwickeln – völlig die Tatsache ignorierend, dass Israel der Grund für den Hunger ist. Entlarvend für die deutsche Nahostpolitik ist, was in dieser Erklärung fehlt: der Verweis auf die Vereinten Nationen und ihre humanitären Unterorganisationen, die Kritik an der Behinderung der Arbeit von humanitären Organisationen durch Israel und an der Ermordung von Zivilisten und Sicherheitspersonal an den Ausgabestellen.

*Siehe den Wortlaut der Erklärung der 26 Staaten unter:*

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/statement\\_25\\_1959](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/statement_25_1959)

*Für die von Deutschland initiierte Erklärung siehe*

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/2729898-2729898>

## **Die Erklärung von New York (*New York Declaration*)**

Nur eine Woche später, vom 28.–30. Juli, fand unter der gemeinsamen Schirmherrschaft von Frankreich und Saudi-Arabien in den Räumen der UNO in New York die „Konferenz zur Friedlichen Lösung der Palästinensischen Frage und der Implementierung einer Zwei-Staaten-Lösung“ – so der offizielle Titel – statt, die durch UN-Generalsekretär Guterres eröffnet wurde. Die Zwei-Staaten-Lösung und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser dürften nicht nur ein Bekenntnis auf dem

Papier bleiben. Es ginge darum, konkrete Maßnahmen im Rahmen eines verbindlichen Zeitrahmens zu ergreifen und diese auch umzusetzen. Die Zwei-Staaten-Lösung und die Realisierung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser seien die Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden und Stabilität im Nahen Osten, hieß es in der sieben Seiten umfassenden *New Yorker Erklärung* (*New York Declaration*), die die beiden Initiatoren sowie die Arabische Liga und die EU wie auch 14 weitere Länder auf der Konferenz vorlegten.<sup>2</sup>

Als Referenz werden in der Erklärung die UN-Beschlüsse zum Israel-Palästina-Konflikt, das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshof (IGH) vom 19. Juli 2024, das Humanitäre Völkerrecht und die Arabische Friedensinitiative von 2005 zitiert, in der die Arabische Liga Israel die kollektive diplomatische Anerkennung Israels durch alle Mitgliedsländer der Arabischen Liga als Gegenleistung für die Gründung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 versprochen hatte.

In dem Dokument werden sowohl das Töten und die Geiselnahme von israelischen Zivilisten am 7. Oktober wie auch die Tötung von Zivilisten, die Zerstörung ziviler Infrastruktur, ethnische Säuberungen – im Dokument ist die Rede von demographischen Veränderungen – und das Aushungern der Bevölkerung in Gaza durch Israel verurteilt.<sup>3</sup>

Gefordert werden ein sofortiger Waffenstillstand und der Rückzug aller israelischer Truppen aus Gaza, der Austausch der israelischen Geiseln gegen palästinensische politische Gefangene, die uneingeschränkte Öffnung der Grenzübergänge nach Gaza für Hilfslieferungen, die Stärkung der Rolle der UNRWA, ein Ende der Siedlergewalt und die gerichtliche Verfolgung gewalttätiger Siedler. Israel müsse sich aus allen besetzten arabischen Gebieten zurückziehen und sich eindeutig zur Zwei-Staaten-Lösung bekennen. Hamas wird aufgefordert, die Waffen und die Macht an die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) abzugeben nach dem Prinzip **„One state, one government, one vote“**. Die Unterzeichner unterstützen den arabischen Wiederaufbauplan für Gaza.<sup>4</sup> In einer Übergangszeit soll der Gazastreifen durch ein Komitee von Technokraten, das der PA untersteht, verwaltet werden. Eine internationale Stabilisierungsmission soll für Sicherheit sorgen und die Machtübergabe an die PA und an ihre Sicherheitsorgane organisieren.

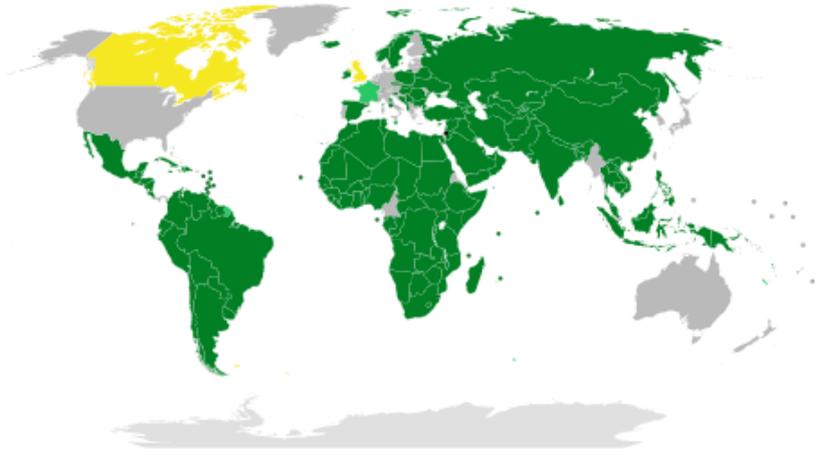
Die Zwei-Staaten-Lösung soll den Weg öffnen für die regionale Integration Israels und die Schaffung einer regionalen Sicherheitsarchitektur. Bei der Nicht-Einlösung der Forderung behalten sich die Unterzeichnerstaaten Sanktionsmaßnahmen vor.

---

<sup>2</sup> Erstunterzeichner sind Frankreich, Irland, Italien, Spanien, Norwegen, Kanada, die Türkei, Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien, Katar, Indonesien, Senegal, Brasilien, Kanada und Japan.

<sup>3</sup> Allerdings ist das Wording in der Erklärung etwas anders, als es in der deutschen Presse wiedergegeben wurde. In dem auch von der arabischen Liga unterzeichneten Dokument werden explizit die völkerrechtswidrigen Überfälle der Hamas auf israelische Zivilisten und die Geiselnahme verurteilt. Die Angriffe auf israelische Militäranlagen bleiben unerwähnt. In dieser Frage gibt es unter den Unterzeichnern Meinungsverschiedenheiten, inwieweit diese durch das Recht auf Widerstand gedeckt sind.

<sup>4</sup> Siehe dazu ausführlich das Palästina Journal Ausgabe 23/Juni 2025, S. 8/9



Länder, die Palästina anerkannt haben (dunkelgrün), die eine Anerkennung angekündigt haben (hellgrün: Frankreich, Malta, San Marino), die eine Anerkennung in Erwägung ziehen (gelb); Quelle: Wikipedia (englisch)

Die Unterzeichner der Erklärung befürchten, dass angesichts der Kriegsführung, die auf die ethnische Säuberung Gazas abzielt, und der Annexionspläne Netanjahus für die Westbank die Gelegenheitsfenster für eine Zwei-Staaten Lösung ein für alle Mal geschlossen sein würden. Eine zwischen Israel und den Palästinensern „verhandelte Zwei-Staaten-Lösung“, die am Ende eines Verhandlungsprozesses stehen sollte, ist seit den Osloer Verträgen das Mantra westlicher Nahostpolitik, das durch die Ausweitung der Siedlungen, den Bau der Mauer, durch das System der Checkpoints und das israelische Nationalitätengesetz von 2018 immer mehr zu einer Chimäre wurde. #

In dem Moment, wo Netanjahu durch das systematische Aushungern der Menschen in Gaza, durch ethnische Säuberungen und die Ankündigung der Annexion der Westbank durch die Knesset die Zwei-Staaten-Lösung endgültig zu Grabe getragen hat, versuchen die Unterzeichner der New York-Erklärung zu retten, was zu retten ist. Die Motivationen der beiden Protagonisten der New Yorker Konferenz dürften weniger Mitgefühl für die Palästinenser als realpolitische Erwägungen sein, wie die britisch-tunesische Journalistin Soumeya Ghanoushi im *Brave New Europe* schreibt. Frankreich sieht in der palästinensischen Frage eine Brücke, um nach dem Einflussverlust in Westafrika wieder in die arabische und muslimische Welt zurückzukehren. Das saudische Regime nutzt die Initiative für die Anerkennung Palästinas, um die Normalisierung der Beziehungen zu Israel, die von der Mehrheit der saudischen Bevölkerung abgelehnt wird, zu legitimieren.<sup>5</sup> Aber selbst dieser internationalen SOS-Aktion blieb Deutschland mit Rücksicht auf die deutsche Staatsräson fern.

Die englische Fassung der New Yorker Erklärung ist im Wortlaut unter <https://english.wafa.ps/Pages/Details/159734> nachzulesen.

<sup>5</sup>Soumaya Ghannoushi: Instead of sanctioning Israel, the West is retreating into the fantasy of a ‘virtual state’. In: *Brave New Europe*, 7.8.25. <https://braveneweuropa.com/soumaya-ghannoushi-instead-of-sanctioning-israel-the-west-is-retreating-into-the-fantasy-of-a-virtual-state> Die deutsche Übersetzung erschien auf den Nachdenkseiten: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=137268>

Und noch ein Datum hat Macron und den saudischen Kronprinzen zum Handeln gezwungen: Im September endet die Jahresfrist, die die Generalversammlung der UNO Israel für die Beendigung der Besatzung in einer historischen Abstimmung gesetzt hat.

Die UN-Resolution vom 18. September 2024, die sich auf das IGH-Gutachten vom Juli 2024 stützt, fordert alle UN-Mitgliedsstaaten dazu auf, durch konkrete Maßnahmen Israel zur Einhaltung des Beschlusses zu zwingen. Dazu zählt die Resolution u.a. Verbote von Im- und Exporten aus den Siedlungen, Verbot des Exports von Waffen, wenn die Annahme besteht, dass diese in den besetzten Gebieten eingesetzt werden, und Sanktionen gegen israelische Personen und Institutionen, die in die Aufrechterhaltung der Besatzung und Siedlergewalt involviert sind.

Auf der kommenden UN-VV wird man Bilanz über die Umsetzung der Beschlüsse ziehen und weitere Maßnahmen beschließen. Mehrere UN-Berichtersteller haben die Aktivierung des UN-Mechanismus „Uniting for Peace“ (Res. 377A) gefordert, um mit Hilfe von UN-Friedenstruppen die Versorgung der Bevölkerung abzusichern und ggf. zu erzwingen. Mittels dieses Mechanismus kann sich die Generalversammlung über den Sicherheitsrat hinwegsetzen, wenn dieser durch das Veto eines der Ständigen Mitglieder – im Fall von Israel die USA – paralyziert ist.

Der Link zu dem UN-Dokument in den sechs UN-Sprachen: <https://docs.un.org/A/ES-10/L.31/Rev.1> Das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes und die einzelnen Stellungnahmen zum Verfahren befinden sich auf der Webseite des IGH: <https://www.icj-cij.org/case/186>

Bis zur Eröffnung der UN-Vollversammlung am 9. September ist die *New Yorker Erklärung* offen für die Unterzeichnung weiterer Staaten. Mehrere Länder haben bereits angekündigt, dass sie dem Beispiel Frankreichs folgen werden, um am Rande der UN-VV Palästinas anzuerkennen, darunter Großbritannien Kanada die EU-Mitglieder Belgien, Finnland, Portugal, Luxemburg, Kroatien.<sup>6</sup>

## Der virtuelle Staat - Palästinensische Kritiken

Die wachsende Bereitschaft zur Anerkennung eines palästinensischen Staates durch Staaten, die fast zwei Jahre lang dem Morden in Gaza untätig zugeschaut haben, war mehr als überfällig. Aber reicht dies, um eine zweite *Nakba* zu verhindern? Mustapha Barghouti, der Vorsitzende der *Mubadara*, sagt zu Recht, dass nur massiver internationaler Druck und Sanktionen, wie eine Aussetzung von Waffen- und Handelsabkommen, Netanjahu zu einem Waffenstillstand zwingen und von der Annexion abhalten können.<sup>7</sup> Für einige Länder, wie Großbritannien scheint die Anerkennung weniger eine Frage des Prinzips zu sein. Sie reagieren auf internen Druck oder

<sup>6</sup> Die meisten ehemaligen Ostblockländer haben Palästina bereits 1988 anerkannt, Island und Schweden folgten 2011 resp. 2014, sowie Irland, Spanien und Slowenien 2024.

<sup>7</sup> Siehe das Interview von Al-Jazeera mit Mustapha Barghouti unter: <https://www.youtube.com/watch?v=ESpEDLUL5I4> ,

benutzen die Drohung mit der Anerkennung Palästinas nur als zynischen Einsatz bei der Wette um einen Waffenstillstand.

Die Grundzüge des in der New Yorker Erklärung angedachten palästinensischen Staates sind kaum mit dem Prinzip der nationalen Souveränität vereinbar. Grenzen des geforderten palästinensischen Staates werden nicht definiert, es gibt keine Sicherheitsgarantien, der Staat hat keine Armee, um sich zu verteidigen, das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr wird nur als Lippenbekenntnis in einem Nebensatz erwähnt. „Was angeboten ist, ist nicht der Status eines Staates. Es handelt sich vielmehr um eine entmilitarisierte, nicht-zusammenhängende Pseudo-Entität ohne Kontrolle über Grenzen, Luftraum, Ressourcen oder Bewegungsfreiheit. Es ist eine Scheinverwaltung unter israelischem Kommando, die eine besetzte und gebrochene Bevölkerung verwalten soll. Das ist weniger als in den Osloer Verträgen vereinbart wurde.“<sup>8</sup>

Die Erklärung unterstützt die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) als einzig legitime Vertreterin der Palästinenser. Aber welche PA? Die PA besitzt Legitimität mehr nach außen als nach innen. Seit 15 Jahren sind Wahlen überfällig, die trotz Versprechungen durch Präsident Abbas immer wieder hintertrieben wurden. In der Westbank haben sich die Sicherheitsorgane der PA durch die Verhaftung palästinensischer Widerstandskämpfer und Kritiker der PA hervorgetan, statt palästinensische Dörfer gegen die Überfälle durch Siedler zu schützen. 80% der Palästinenser in den besetzten Gebieten fordern den Rücktritt von Abbas.<sup>9</sup> Selbst viele Mitglieder von al-Fatah werfen der PA vor, sie hätte monatelang dem Krieg in Gaza untätig zugeschaut, um jetzt das Ruder in die Hand zu nehmen. Zugleich werden die Autorität der PA und mit ihr die Friedensbemühungen der UN und anderer Staaten noch von ganz anderer Seite untergraben.

Am 31. Juli verhängte das amerikanische Außenministerium Sanktionen gegen die PLO und PA mit der abstrusen Begründung, sie würden durch die Internationalisierung des Konfliktes – gemeint sind die Prozesse vor dem IGH und dem IStGH – Friedensbemühungen untergraben, in ihren Schulbüchern Gewalt verherrlichen und palästinensische Terroristen und ihre Familien unterstützen.<sup>10</sup>

Die PLO, die 1974 durch die UNO als Vertreterin des ganzen Palästinensischen Volkes – einschließlich der 1948 Vertriebenen – anerkannt wurde, wird in dem Dokument an keiner Stelle erwähnt. Wollten die Palästinenser wirklich gehört werden, müssten sie mit einer Stimme sprechen, erklärt Mustapha Barghouti, und verweist auf die von 14 Organisationen unterzeichnete Pekinger Erklärung vom 23. Juli 2024. Hierin haben sich alle Organisationen – darunter auch al-Fatah und die Hamas –

---

<sup>8</sup> siehe Anmerkung 5

<sup>9</sup> Siehe die Meinungsumfrage des *Palestinian Center for Policy and Survey Research*, Meinungsumfrage vom Mai 2025: <https://pcpsr.org/en/node/997>

<sup>10</sup> <https://www.state.gov/releases/office-of-the-spokesperson/2025/07/sanctioning-officials-of-the-palestinian-authority-and-members-of-the-palestine-liberation-organization>

zur Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit, zur Abhaltung demokratischer Wahlen und zur Reform der PLO als Vertreterin des gesamten palästinensischen Volkes einschließlich der Diaspora verpflichtet. Erfolgt ist bislang nichts.

### **Der New Yorker Aufruf (*New York Call*)**

Dass die Angst der Palästinenser, in den diplomatischen Initiativen internationaler Player zu einem fremdbestimmten Objekt degradiert zu werden, nicht unbegründet ist, wird durch ein zweites Dokument, das in New York vorgelegt wurde, deutlich. Der *New York Call* – nicht zu verwechseln mit der *New York Declaration* – ist ein Dokument 15 westlicher Staaten, darunter 9 EU-Mitglieder, die an der New Yorker Zwei-Staaten-Konferenz teilgenommen haben und ihre Bereitschaft zur Anerkennung Palästinas signalisiert haben – allerdings zu Bedingungen, die das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser *ad absurdum* führen.<sup>11</sup>

In dem Aufruf werden einige der Parameter für eine Zwei-Staaten-Lösung skizziert, die sich wie ein israelischer Forderungskatalog lesen. So wird die vollständige Demilitarisierung eines zukünftigen palästinensischen Staates gefordert. Ziel von Wahlen sei eine „Verjüngung“ der PA, nicht aber die Erweiterung ihrer demokratischen Legitimationsbasis. Die Hamas soll aus dem politischen Prozess ganz ausgeschlossen werden.

Das Dokument begrüßt explizit die Ankündigung von Abbas, die Hamas zu entwaffnen, die Unterstützungsleistungen für ehemalige palästinensische politische Gefangene und ihre Angehörige durch die PA einzustellen sowie die Schulcurricula zu überarbeiten – eine alte israelische Forderung, laut der nationale Befreiungsnarrative aus palästinensischen Schulbüchern entfernt werden sollen. All dies sind Zugeständnisse der PA an ihre ausländischen Geldgeber, die über die Köpfe der eigenen Bevölkerung hinweg gemacht wurden.<sup>12</sup>

In dem *New York Call* werden alle diejenigen Länder, die bislang keine diplomatischen Beziehungen zu Israel haben, dazu aufgerufen, sich für dessen regionale Integration einzusetzen.<sup>13</sup> All dies sind Anhaltspunkte dafür, dass es bei den Initiativen in erster Linie nicht um die Durchsetzung des Rechts der Palästinenser auf Selbstbestimmung, sondern um westliches Krisenmanagement und die Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den arabischen Nachbarn geht.

*Der New York Call kann im Wortlaut auf der Webseite des französischen Außenministeriums nachgelesen werden: <https://www.diplomatie.gouv.fr/en/country-files/israel->*

<sup>11</sup> Die 9 EU-Mitglieder sind Frankreich, Spanien, Portugal, Luxemburg, Malta, Irland, Slowenien, Finnland und Island. Außerdem gehören Neuseeland, Australien, Kanada, Norwegen, San Marino und Andorra zu den Erstunterzeichnern.

<sup>12</sup> Siehe Umfrage/77% lehnen die Entwaffnung der Hamas ab. <https://pcpsr.org/en/node/997>

<sup>13</sup> Bislang haben unter den arabischen Ländern nur Jordanien, Ägypten, die Emirate, Bahrein, Sudan und Marokko diplomatische Beziehungen zu Israel. Andere arabische Länder sowie wichtige islamische Länder Asiens machen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel von einer gerechten Lösung der Palästinafrage abhängig.

## Die Haager Gruppe und die Erklärung von Bogotá: Die Antwort des Globalen Südens

Forderungen nach konkreten Maßnahmen, um Israel zur Einhaltung völkerrechtlicher Normen zu zwingen, kommen eher aus dem Globalen Süden. Am 31. Januar dieses Jahres gründete sich in Den Haag, dem Sitz des IGH und des IStGH, die sogenannte *Haager Gruppe* als Reaktion auf die Angriffe auf die beiden internationalen Gerichte durch Israel und die USA.

Auf einer Dringlichkeitssitzung der *Haager Gruppe* in Kolumbien wurde Mitte Juli die *Erklärung von Bogotá* vorgestellt, in der ganz auf der Linie der schon erwähnten UN-Resolution ein Waffenembargo gegen Israel und die Unterbindung von Transfers von Waffen und Dual-Use-Gütern gefordert werden – Maßnahmen, zu der sich die Mitglieder der Haager Gruppe selbst verpflichtet haben.<sup>14</sup> Die *Bogotá-Erklärung* fordert alle Mitgliedsstaaten der UN zu einer Überprüfung von Wirtschaftsabkommen mit Israel auf. So soll verhindert werden, dass öffentliche Gelder in Siedlungen fließen. Die *Haager Gruppe* fordert alle UN-Mitglieder auf, sich bis zur UN-Generalversammlung ihrem Aufruf anzuschließen.

*Die Erklärung der Bogotá ist abrufbar auf der Webseite der Haager Gruppe:*  
<https://thehaguegroup.org/meetings-bogota-en/>

## Forderungen nach Sanktionen werden auch in Deutschland laut

Auch in Deutschland werden inzwischen die Stimmen, die Sanktionen fordern, lauter. So fordert die Fraktion der Linken im Bundestag die Aussetzung des Assoziierungsabkommens der EU mit Israel sowie den Stopp von Rüstungsexporten. Auch beim Koalitionspartner SPD kommt Kritik auf. So fordert die SPD-Vize-Fraktionsvorsitzende Siemtje Möller eine Teilaussetzung des Assoziierungsabkommens der EU mit Israel, die partielle Aussetzung von Rüstungsexporten und Sanktionen gegen rechtsextreme israelische Regierungsmitglieder, sollte sich die humanitäre Situation in Gaza nicht verbessern. Auch unter Berufsdiplomaten regt sich Ärger über die Folgen der deutschen Staatsräson. So fordert eine Gruppe von 130 Mitarbeiter\*innen eine härtere Gangart gegenüber Israel. Eine Gruppe ehemaliger Botschafter\*innen in arabischen Ländern wirft Israel vor, die ethnische Säuberung Gazas zu betreiben. Die Bundesregierung müsse ihrer Kritik auch Taten folgen lassen. Unter Verweis auf die laufenden Verfahren vor dem IGH fordern sie eine restriktivere Politik der Rüstungsexporte, europäisch abgestimmte Einreiseverbote für gewalttätige Siedler und

<sup>14</sup> 30 Staaten nahmen teil, darunter die EU-Mitglieder Irland, Portugal und Spanien sowie Norwegen, Brasilien, China, Indonesien, Pakistan, Qatar; Mexiko und die Türkei. Erstunterzeichner sind: Bolivien, Kolumbien, Kuba, Indonesien, Irak, Libyen, Malaysia, Namibia, Nicaragua, Oman, Sankt Vincent und die Grenadinen sowie Südafrika.

